

## **Vereinbarung**

zwischen dem

Landkreis Reutlingen  
(nachstehend Landkreis genannt)

und

dem Verkehrsunternehmen

XXXXX

**Durchführung von Bedarfsverkehrsleistungen: Anmeldeverkehr „Südlicher Landkreis“  
im Landkreis Reutlingen**

## Inhalt

§ 1 Vertragsgegenstand .....	3
§ 2 Vertragsbestandteile .....	3
§ 3 Tariftreue .....	3
§ 4 Leistungspflicht, Ausführung der Leistung .....	4
§ 5 Personenbeförderungsrechtliche Genehmigungen .....	5
§ 6 Nachunternehmer .....	7
§ 7 Beförderungserlöse .....	8
§ 8 Vergütungsanspruch, Abrechnung und Zahlung, Preisgleitung, Umsatzsteuer .....	8
§ 9 Überprüfungen und Kontrollen .....	9
§ 10 Nichtleistung .....	9
§ 11 Ersatzvornahme und (Teil-)Entbindung .....	9
§ 12 Vertragsstrafen .....	10
§ 13 Haftung, Haftung Rechtsnachfolge, Versicherung .....	11
§ 14 Inkrafttreten, Vertragslaufzeit .....	11
§ 15 Vorzeitige Kündigung des Vertrages .....	12
§ 16 Salvatorische Klausel .....	13
§ 17 Schlussbestimmungen, Gerichtsstand .....	14

## **§ 1 Vertragsgegenstand**

- (1) Der Landkreis beauftragt als Aufgabenträger im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und damit zuständige Behörde das Verkehrsunternehmen mit der Durchführung von Leistungen des ÖPNV in Form von Bedarfsverkehren, d.h. Verkehren mit vorherigem Anmeldeerfordernis (sog. „Anmeldeverkehr“). Sie dienen als Ergänzung der Bus-Taktverkehre auf den Achsen
1. Münsingen - Trailfingen - Gomadingen - Hohenstein - Pfronstetten (Linie A25)
  2. Engstingen- Trochtelfingen - Hohenstein - Pfronstetten - Hayingen - Zwiefalten (Linie A26),
  3. Münsingen - Gundelfingen - Bremelau (Linie A27)

entsprechend der Vorgaben dieses Vertrages und seiner Anlagen, insbesondere der Leistungsbeschreibung nebst ihrer Anhänge (Anlage 1).

Es handelt sich dabei um Linienbedarfsverkehre nach § 44 PBefG.

- (2) Dieser Vertrag stellt einen öffentlichen Dienstleistungsauftrag i. S. d. Art. 3 Abs. 1 VO (EG) Nr. 1370/2007 dar.

## **§ 2 Vertragsbestandteile**

- (1) Die Leistungsbeschreibung (Anlage 1) und ihre Anhänge sind ebenso Bestandteil dieses Vertrages wie das Angebot des Verkehrsunternehmens und die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B). Bei Widersprüchen gelten in der nachfolgenden Reihenfolge
1. dieser Vertrag,
  2. die Leistungsbeschreibung und ihre Anhänge,
  3. die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) und
  4. das Angebot des Verkehrsunternehmens.
- (2) Die Geltung von allgemeinen Geschäftsbedingungen des Verkehrsunternehmens ist ausdrücklich ausgeschlossen.

## **§ 3 Tariftreue**

- (1) Die ausgeschriebenen Leistungen unterfallen dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz — LTMG).  
Die diesem Vertrag als Anlage 2 beigefügten „Besonderen Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue-Mindestlohngesetz - LTMG)“ sind Bestandteil dieses Vertrages. Das Verkehrsunternehmen ist als „Auftragnehmer“ zur Einhaltung dieser besonderen Vertragsbedingungen verpflichtet.

- (2) Das Verkehrsunternehmen verpflichtet sich, die Vorgaben des Mindestlohngesetzes einzuhalten und den Landkreis gegebenenfalls von etwaigen Ansprüchen Dritter freizustellen, wie in der Zusicherungs- und Freistellungserklärung, die dem Vertrag als Anlage 4 beigelegt ist, beschrieben.

#### **§ 4 Leistungspflicht, Ausführung der Leistung**

- (1) Das Verkehrsunternehmen ist verpflichtet, die Verkehrsleistungen nach Art, Umfang und Qualität gem. der Leistungsbeschreibung (Anlage 1) samt Anhängen sowie diesem Vertrag und ergänzend nach seinem Angebot zu erbringen (Soll-Leistung als gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen i. S. d. Art. 4 Abs. 1 VO (EG) Nr. 1370/2007). Für die Fortentwicklung des Fahrplanangebots und damit verbundene Leistungsanpassungen gilt Kapitel 6 der Leistungsbeschreibung.
- (2) Das Verkehrsunternehmen hat mit dem Verkehrsverbund Neckar-Alb-Donau (naldo) einen Kooperationsvertrag abzuschließen (Anlage 3). Das Verkehrsunternehmen nimmt ausschließlich den naldo-Verbundtarif, das Deutschlandticket, den Landestarif Baden-Württemberg (BW-Tarif) sowie die einschlägigen Übergangstarife (insbesondere Tarife des Donau-Iller-Nachverkehrsverbundes — DING) an (vgl. Vorgaben zu Tarif und Vertrieb gem. Kapitel 7 der Leistungsbeschreibung).
- (3) Das Verkehrsunternehmen führt die Verkehrsleistungen im eigenen Namen, unter eigener Verantwortung und auf eigene Rechnung durch und wird Vertragspartner der Fahrgäste.
- (4) Das Verkehrsunternehmen verpflichtet sich zur vollständigen und uneingeschränkten Beachtung der einschlägigen Gesetze, Verordnungen, Sicherheitsbestimmungen und sonstiger Vorschriften in der jeweils gültigen Fassung, insbesondere:
1. Personenbeförderungsgesetz,
  2. Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft),
  3. Straßenverkehrsgesetz,
  4. Straßenverkehrsordnung,
  5. Straßenverkehrszulassungsverordnung,
  6. Fahrzeug-Zulassungsverordnung (FZV) sowie
  7. Fahrerlaubnis-Verordnung (FeV).
- (5) Landkreis und Verkehrsunternehmen bleiben Träger von Rechten und Pflichten, die sich aus den für sie geltenden Rechtsvorschriften ergeben.

- (6) Der Landkreis gewährt dem Verkehrsunternehmen zur finanziellen Abgeltung für die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen dieses Vertrages eine Ausgleichsleistung i. S. d. Art. 2 lit. g) VO (EG) Nr. 1370/2007 (Zuschuss) gem. Kapitel 2.1 der Leistungsbeschreibung (Anlage 1).

## **§ 5 Personenbeförderungsrechtliche Genehmigungen**

- (1) Das Verkehrsunternehmen ist verpflichtet, unverzüglich nach Zuschlagserteilung auf seine Kosten die für die Vertragsdurchführung erforderlichen Genehmigungen nach § 44 PBefG und, falls notwendig, für die Übergangszeit bis zur Erteilung der bestandskräftigen Genehmigungen einstweilige Erlaubnisse nach § 20 PBefG und ggf. deren Sofortvollzug bei der Genehmigungsbehörde zu beantragen.
- (2) Auf Aufforderung des Landkreises hat das Verkehrsunternehmen die Erteilung der notwendigen Genehmigungen und ggf. deren sofortige Vollziehung auch streitig gegen konkurrierende eigenwirtschaftliche Genehmigungsanträge durchzusetzen, sofern ein solches Vorgehen nicht völlig aussichtslos erscheint. Die Kosten für Rechtsschutzverfahren (Gebühren für Widerspruchsverfahren, Gerichtskosten und etwaige Anwaltskosten) trägt der Landkreis, soweit die Kostenbelastung nicht aus in der Person oder im Verhalten des Verkehrsunternehmens liegenden Gründen entsteht und die Auswahl sowie die Festlegung der Honorierung des das Verkehrsunternehmen vertretenden Verfahrensbevollmächtigten im Einvernehmen mit dem Landkreis erfolgt ist.
- (3) Der Landkreis wird seine Beteiligung am Genehmigungsverfahren sowie an vorgerichtlichen und gerichtlichen Verfahren nutzen, um den Genehmigungsantrag des Verkehrsunternehmens bestmöglich zu unterstützen. Der Landkreis wird sich aller Maßnahmen enthalten, die einer Erteilung der Genehmigungen an das Verkehrsunternehmen entgegenstehen oder den Fortbestand erteilter Genehmigungen oder Erlaubnisse gefährden.
- (4) Werden für den beantragten Verkehr oder für Teile hiervon vollziehbare einstweilige Erlaubnisse erteilt, berührt dies die Leistungspflichten der Parteien nach diesem Vertrag nicht. Für die Zeit bis zum Erhalt bestandskräftiger Genehmigungen für die von diesem Vertrag umfassten Verkehrsleistungen kann der Landkreis hinter den in der Leistungsbeschreibung definierten Vorgaben zurückbleibende Anforderungen an Umfang und Qualität der Leistung stellen, um ggf. (für den Fall einer endgültigen Genehmigungsversagung) vergebliche Anfangsinvestitionen zu begrenzen; hinsichtlich des Zuschusses während dieses Schwebezustandes gilt, soweit der Landkreis von der Leistungsbeschreibung abweichende Anforderungen stellt, § 2 Nr. 3 VOL/B.

Für die Zeit zwischen Vertragsschluss und Erhalt der bestandskräftigen Genehmigung für die ausgeschriebene Verkehrsleistung hat das Verkehrsunternehmen vor evtl. Fahrzeugkäufen oder sonstigen Investitionen über 50.000 Euro die Zustimmung des Landkreises einzuholen. Die Erteilung der Zustimmung durch den Landkreis bedeutet keine Übernahme der Kosten für bereits durch das Verkehrsunternehmen getätigte Fahrzeuginvestitionen im Falle der von keiner Seite zu vertretenden Unmöglichkeit.

- (5) Bestehen keine vollziehbaren Genehmigungen oder vollziehbaren einstweiligen Erlaubnisse für die vertragsgegenständlichen Linien oder bestehen diese nicht mehr, wird die Leistung unmöglich und beide Seiten werden für die Dauer der Unmöglichkeit von ihren jeweiligen Leistungspflichten nach diesem Vertrag frei. Ist die Versagung oder die Aufhebung der Genehmigungen bzw. einstweiligen Erlaubnisse — ggf. nach Erschöpfung der Rechtsschutzmöglichkeiten nach Absatz 1 — bestandskräftig, so endet dieser Vertrag mit Wirkung zum Ablauf ggf. noch bestehender und vollziehbarer Genehmigungen bzw. einstweiliger Erlaubnisse oder andernfalls mit sofortiger Wirkung. Bestehen nur für einen Teil der Linien keine vollziehbaren Genehmigungen oder einstweiligen Erlaubnisse (mehr), wird die Leistung nur insoweit unmöglich und entfallen die jeweiligen Leistungspflichten der Vertragspartner nur insoweit. Ist in diesem Fall die Versagung oder die Aufhebung der Genehmigungen bzw. einstweiligen Erlaubnisse — ggf. nach Erschöpfung der Rechtsschutzmöglichkeiten nach Absatz 1 — bestandskräftig, so sind beide Seiten zur vorzeitigen Kündigung des gesamten Vertrages berechtigt, wenn vom Fehlen der Genehmigungen bzw. Erlaubnisse ein so wesentlicher Teil der vertragsgegenständlichen Leistungen betroffen ist, dass die Vertragsdurchführung aus verkehrlicher und/oder wirtschaftlicher Sicht für eine oder beide Parteien unzumutbar wäre.
- (6) Hat das Verkehrsunternehmen das (teilweise) Fehlen vollziehbarer Genehmigungen bzw. Erlaubnisse zu vertreten, so haftet es dem Landkreis für den daraus entstehenden Schaden, insbesondere für eventuell entstehende höhere Kosten bei Beauftragung eines anderen Verkehrsunternehmens. Hat der Landkreis das (teilweise) Fehlen vollziehbarer Genehmigungen bzw. Erlaubnisse verschuldet, behält das Verkehrsunternehmen seinen Ausgleich. Es ist jedoch zur Schadensminimierung verpflichtet und muss sich dasjenige anrechnen lassen, was es infolge der Abbestellung von Verkehrsleistungen an Aufwendungen erspart oder durch anderweitige Verwendung seiner Kapazitäten erwirbt oder zu erwerben böswillig unterlässt. Der Landkreis übernimmt keine Garantie dafür, dass dem Verkehrsunternehmen die Genehmigungen bzw. Erlaubnisse erteilt werden und haftet dem Verkehrsunternehmen insbesondere dann nicht, wenn diesem die Genehmigungen von der Genehmigungsbehörde wegen eines konkurrierenden Genehmigungsantrags versagt werden.

- (7) Wird die Leistung aus den in diesem Paragraphen beschriebenen Gründen nur teilweise unmöglich und wird der Vertrag nicht gekündigt, entfällt der Teil des Zuschusses, der auf die sodann nicht mehr zu erbringende Leistung entfällt. Wird die Leistung aus den in diesem Paragraphen beschriebenen und von keiner Vertragspartei zu vertretenden Gründen nur teilweise unmöglich und kündigt der Landkreis den gesamten Vertrag, so hat er dem Verkehrsunternehmen, falls dieses bereits Investitionen für die nicht unmöglich gewordenen Leistungen getätigt hat, diese Kosten über die Vertragslaufzeit weiter zu bezahlen. Das Verkehrsunternehmen hat sich des Weiteren dasjenige anrechnen zu lassen, was es infolge der verspäteten oder unterbliebenen Aufnahme von Verkehrsleistungen an Aufwendungen erspart oder durch anderweitige Verwendung seiner Kapazitäten erworben oder zu erwerben böswillig unterlassen hat.
- (8) Die Anzeige in Bezug auf die anzuwendenden Beförderungsentgelte sowie auf Fahrplanänderungen erfolgt gemäß § 39 Abs. 1 bzw. § 40 Abs. 2 PBefG durch den Landkreis oder naldo, sofern dieser die Anzeige nicht dem Verkehrsunternehmen überträgt.
- (9) Das Verkehrsunternehmen hat personenbeförderungsrechtliche Anträge, die die Vertragsdurchführung beeinträchtigen würden, zu unterlassen und ist verpflichtet, die Zulassung von Verkehren abzuwehren, die die hier in Rede stehenden Verkehre konkurrenzieren. Im Falle der Kündigung des Vertrages oder anderweitiger Vertragsbeendigung ist das Verkehrsunternehmen verpflichtet, zum Wirksamwerden der Kündigung bzw. Ablauf der Kündigungsfrist die Entbindung von der Betriebspflicht nach § 21 Abs. 4 S. 1 PBefG bei der Genehmigungsbehörde zu beantragen. Kosten für solche Verfahren hat das Verkehrsunternehmen selbst zu tragen, es sei denn, die Vertragsbeendigung beruht auf einem schuldhaften Verhalten des Landkreises.
- (10) Das Verkehrsunternehmen ist verpflichtet, im Rahmen einer Anhörung nach § 14 PBefG keine Einwände gegen personenbeförderungsrechtliche Anträge geltend zu machen, soweit es sich um Verkehre handelt, die der Landkreis im Sinne einer ergänzenden Verkehrsbedienung zur Abrundung des Verkehrsangebotes auf der vertraglichen Linie befürwortet und für welche er Dritte mit der Antragstellung beauftragt hat.

## **§ 6 Nachunternehmer**

Das Verkehrsunternehmen ist nur im Rahmen des Art. 4 Abs. 7 Satz 2 VO (EG) Nr. 1370/2007, unter Wahrung einer Selbsterbringungsquote von mindestens 50% der zu erbringenden Leistung und nur bei vorheriger schriftlicher Zustimmung des Landkreises berechtigt, Fahrbetriebsleistungen an Dritte zu vergeben. Der Landkreis erteilt die Zustimmung, wenn keine begründeten Zweifel daran bestehen, dass der Dritte die jeweiligen Leistungen unter Erfüllung der nach diesem Vertrag maßgeblichen Anforderungen erbringen wird. Der Landkreis ist berechtigt, die Zustimmung wieder zurückzuziehen, sofern der Subunternehmer wiederholt trotz zweimaliger Abmahnung gegenüber dem Verkehrsunternehmen gegen die Vorgaben des Vertrags verstößt. Die Verantwortung des Verkehrsunternehmens für die Durchführung und Qualität der ihm nach diesem Vertrag obliegenden Leistungen bleibt hiervon unberührt.

## **§ 7 Beförderungserlöse**

Die erzielten Netto-Einnahmen aus dem Verkauf von Fahrscheinen und eventuelle Ausgleichszahlungen nach § 228 ff. SGB IX sowie Allgemeinen Vorschriften stehen wirtschaftlich in voller Höhe dem Landkreis zu. Die umsatzsteuerliche Behandlung obliegt dem Verkehrsunternehmen. Im Übrigen gilt Kapitel 2.2 der Leistungsbeschreibung in Anlage 1.

## **§ 8 Vergütungsanspruch, Abrechnung und Zahlung, Preisgleitung, Umsatzsteuer**

- (1) Für den Vergütungsanspruch des Verkehrsunternehmens gilt Kapitel 2.1 der Leistungsbeschreibung in Anlage 1.
- (2) Die Vergütung wird kalendermonatlich nach den Vorgaben in Kapitel 2.3 der Leistungsbeschreibung in Anlage 1 abgerechnet.
- (3) Für die Anpassung der Vergütung gilt Kapitel 2.4 der Leistungsbeschreibung.
- (4) Das Verkehrsunternehmen verpflichtet sich, eingesetzten Subunternehmen gemäß § 6 Preisfortschreibungen (Kapitel 2.4 der Leistungsbeschreibung) und Sonderzahlungen vollständig weiterzuleiten. Der Auftraggeber ist berechtigt, die Subunternehmerverträge einzusehen.
- (5) Im Hinblick auf den Beschluss der Finanzministerkonferenz vom 23. Juni 1994 und den Beschluss der Verkehrsministerkonferenz vom 16./17. November 1995 wird davon ausgegangen, dass die in diesem Vertrag geregelten Vergütungszahlungen des Landkreises an das Verkehrsunternehmen nicht der Umsatzsteuer unterliegen. Sollte entgegen der bisherigen Praxis der Finanzbehörden Umsatzsteuer anfallen, so schuldet der Landkreis diese zusätzlich einschließlich etwaiger Verspätungszuschläge und Säumniszinsen. Das Verkehrsunternehmen wird auf Aufforderung des Landkreises gegen derartige Umsatzsteuerbescheide außergerichtlich und gerichtlich vorgehen. Die Kosten für Rechtsschutzverfahren (Gebühren für Einspruchsverfahren, Gerichtskosten und etwaige Anwaltskosten) trägt der Landkreis, soweit die Kostenbelastung nicht aus in der Person oder im Verhalten des Verkehrsunternehmens liegenden Gründen entsteht und die Auswahl sowie die Festlegung der Honorierung des das Verkehrsunternehmen vertretenden Verfahrensbevollmächtigten im Einvernehmen mit dem Landkreis erfolgt ist. Der Landkreis wird sein Einvernehmen erklären, sofern der Verfahrensbevollmächtigte die für solche Verfahren erforderliche steuerrechtliche Kompetenz aufweist und keine die Marktüblichkeit übersteigende Honorierung festgelegt ist.



## **§ 9 Überprüfungen und Kontrollen**

- (1) Das Verkehrsunternehmen ermöglicht dem Landkreis bzw. dessen autorisierten Vertretern auf Verlangen, die Einhaltung der vertraglichen Verpflichtungen zu überprüfen. Der Landkreis kann sich in den im Fahrgastbetrieb befindlichen Fahrzeugen von der vertragsgemäßen Ausführung der geschuldeten Leistung unterrichten. Es gilt § 4 Nr. 2 VOL/B.
- (2) Der Nachweis der technischen Sicherheit ist auf Verlangen des Landkreises durch das Verkehrsunternehmen kurzfristig zu erbringen. Die Berichte der Kraftfahrzeuguntersuchungen nach der StVZO (Hauptuntersuchungen) sind auf Anforderung vorzulegen.
- (3) Werden bei den gesetzlich vorgeschriebenen Untersuchungen, bei polizeilichen Kontrollen, bei Überprüfungen durch die zuständige Behörde oder bei vom Landkreis veranlassten Fahrzeugkontrollen oder Sachverständigengutachten Mängel festgestellt, hat das Verkehrsunternehmen diese unverzüglich zu beseitigen. Die Mängelbeseitigung ist dem Landkreis gegenüber ohne weitere Aufforderung nachzuweisen.

## **§ 10 Nichtleistung**

Entsprechen die Leistungen des Verkehrsunternehmens nicht oder nur in Teilen den Anforderungen dieses Vertrages und der Leistungsbeschreibung nebst Anhängen oder werden vertraglich geschuldete Leistungen vom Verkehrsunternehmen nicht erbracht, mindert sich der Vergütungsanspruch um den Wert dieser Leistung. Werden vertraglich geschuldete Leistungen vom Verkehrsunternehmen nicht erbracht, entfällt der für diesen Teil der Leistung geschuldete Teil der Vergütung, es sei denn das Verkehrsunternehmen hat den Grund dafür nicht zu vertreten.

## **§ 11 Ersatzvornahme und (Teil-)Entbindung**

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich bei Betriebsstörungen, insbesondere im Falle von Fahrtenausfällen und Verspätungen, sofern er sie zu verantworten hat, unverzüglich zu beseitigen. Kommt der Auftragnehmer trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung der Aufforderung zur Behebung der Betriebsstörung innerhalb der vom Auftraggeber gesetzten Frist nicht oder nur unzureichend nach, steht dem Auftraggeber das Recht zu, die vertragsgemäße Verkehrsleistung auf Gefahr und Kosten des Auftragnehmers anderweitig ausführen zu lassen (Ersatzvornahme).
- (2) Kann der Auftragnehmer die Betriebsstörung auch nach den Abmahnungen gemäß Absatz 1 auf Dauer nicht beheben, kann der Auftraggeber eine (Teil-)Entbindung von der Betriebspflicht gemäß § 21 Abs. 4 PBefG verlangen.

## **§ 12 Vertragsstrafen**

- (1) Auf Anlage 2 (Besondere Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG), Ziffer 4 Abs. 1 wird verwiesen. Ist die danach verwirkte Vertragsstrafe unverhältnismäßig hoch, kann sie vom Landkreis als öffentlicher Auftraggeber auf Antrag des Verkehrsunternehmens auf den angemessenen Betrag herabgesetzt werden. Soweit infolge des Verstoßes zu niedrige Entgelte gezahlt wurden, soll der angemessene Betrag mindestens dem Dreifachen des Betrages entsprechen, der vom Verkehrsunternehmen oder seinen Nachunternehmen und Verleihunternehmen durch den Verstoß eingespart wurde.
- (2) Der Landkreis kann auf Grund von schuldhaften Vertragsverstößen des Verkehrsunternehmens neben der Geltendmachung von Minderungen und Schadensersatz die in Anlage 5 gelisteten Vertragsstrafen festsetzen.
- (3) Die Höhe der Vertragsstrafen nach diesem Vertrag ist kalenderjährlich auf 5 % des Jahresauftragswerts (= kalkulierte Gesamtkosten unter Berücksichtigung der Preisgleitung) begrenzt. Die Vertragsstrafen werden auf etwaige wegen desselben Verstoßes geltend gemachte Schadensersatzansprüche des Landkreises angerechnet. Die vorstehend genannten Vertragsstrafen werden nur verwirkt, wenn das Verkehrsunternehmen den jeweiligen Vertragsverstoß zu vertreten hat, was widerleglich vermutet wird. Der Landkreis muss die Vertragsstrafe spätestens mit der letzten Zahlung geltend machen. Ausgeschlossen sind Fälle höherer Gewalt.
- (4) Nimmt das Verkehrsunternehmen den Betrieb nicht rechtzeitig auf und hat es die Nichtaufnahme zu vertreten, was widerleglich vermutet wird, so hat der Landkreis für jeden Tag, an dem das Verkehrsunternehmen die Leistung nicht erbringt, Anspruch auf die Zahlung einer Vertragsstrafe. Diese beträgt für jeden vollendeten solchen Tag 1/365 der kalkulierten Gesamtkosten pro Jahr der Leistung. Im Übrigen gilt § 11 VOL/B. Zudem ist der Landkreis berechtigt, die Leistung durch Dritte erbringen zu lassen. Entstehen dem Landkreis durch die Ersatzvornahme bei Dritten höhere Kosten, als durch Nichtzahlung des insoweit entfallenden Zuschusses an das Verkehrsunternehmen, so ist das Verkehrsunternehmen zu weiterem Schadenersatz verpflichtet.

### **§ 13 Haftung, Haftung Rechtsnachfolge, Versicherung**

- (1) Das Verkehrsunternehmen stellt den Landkreis uneingeschränkt von allen Ansprüchen frei, die von Fahrgästen oder Dritten aufgrund ihnen im Zusammenhang mit von diesem Vertrag umfassten Leistungen entstandenen Schäden gestellt werden, soweit sie Leistungen des Verkehrsunternehmens betreffen und das Verkehrsunternehmen nicht eine Schadensverursachung durch den Landkreis nachweist. Werden Ansprüche Dritter, für die das Verkehrsunternehmen im Innenverhältnis einzustehen hat, gegenüber dem Landkreis geltend gemacht, leitet dieser die zur Anspruchsbegründung eingereichten Unterlagen unverzüglich dem Verkehrsunternehmen zur Schadensregulierung weiter. Die Vertragspartner haben sicherzustellen, dass für die Erfüllung aller vertraglichen Pflichten auch die jeweiligen Rechtsnachfolger uneingeschränkt haften.
- (2) Der Bieter hat über jedes im vertragsgegenständlichen Verkehr eingesetzte Fahrzeug eine Haftpflichtversicherung mit Forderungsausfalldeckung und einer dem Pflichtversicherungsgesetz genügenden Haftpflichtversicherung mit Forderungsausfalldeckung und einer dem Pflichtversicherungsgesetz genügenden Gesamtdeckungssumme für Sach- und Personenschäden von mindestens 100 Mio. Euro, im Fall von Personenschäden mit einer Deckung von mindestens 7,5 Mio. Euro je geschädigter Person abzuschließen. Die Haftpflichtversicherung für jedes Fahrzeug ist dem Auftraggeber vor Betriebsaufnahme in Kopie nachzuweisen.

### **§ 14 Inkrafttreten, Vertragslaufzeit**

- (1) Dieser Vertrag tritt mit Zuschlagserteilung in Kraft und endet zum 31.07.2027, ohne dass es einer gesonderten Kündigung bedarf. Auf Kapitel 1 der Leistungsbeschreibung wird bzgl. der Betriebsaufnahme verwiesen.
- (2) Das Verkehrsunternehmen ist auf Anforderungen des Landkreises bis zu zweimal bereit, den Vertrag um jeweils ein Kalenderjahr ganz oder teilweise fortzusetzen, soweit dies der Landkreis rechtzeitig, spätestens 6 Monate vor Vertragsende einfordert. Macht der Landkreis von der Verlängerungsoption Gebrauch, endet der Vertrag zum 31.07.2028 bzw. bei nochmaliger Ausübung der Verlängerungsoption zum 31.07.2029, ohne dass es einer gesonderten Kündigung bedarf.

## **§ 15 Vorzeitige Kündigung des Vertrages**

- (1) Der Vertrag kann von beiden Teilen nur aus wichtigem Grund, den der kündigende Teil nicht zu vertreten hat, und der diesem die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls und unter Abwägung der beiderseitigen Interessen unzumutbar macht, gekündigt werden. Eine Kündigung erfolgt mit sofortiger Wirkung, sofern der Kündigende keinen abweichenden Beendigungsstermin vorgibt. Sie bedarf der Schriftform sowie der Versendung per Einschreiben mit Rückschein. Der Gekündigte ist dem Kündigenden zum Ersatz des durch die Kündigung entstehenden Schadens verpflichtet, soweit der Gekündigte den Kündigungsgrund zu vertreten hat.
- (2) Ein wichtiger Grund liegt für den Landkreis neben den in § 4 (Ausführung der Leistung) und § 5 (Genehmigungen) genannten Fällen insbesondere vor, wenn eine der nachfolgenden Situationen eintritt:
  1. Das Verkehrsunternehmen hält den Termin zur Betriebsaufnahme um mehr als 72 Stunden verschuldet nicht ein, oder führt die für die Aufnahme des Betriebes erforderlichen Anschaffungen und Klärungen trotz schriftlicher Nachfristsetzung von einem Monat nicht ordnungsgemäß durch, wodurch der Termin zur Betriebsaufnahme unter normalen Umständen vom Verkehrsunternehmen verschuldet nicht mehr eingehalten werden kann.
  2. Das Verkehrsunternehmen erbringt die vertragliche Leistung über einen zusammenhängenden Zeitraum von mehr als 72 Stunden aus eigenem Verschulden nicht.
  3. Die Summe der Abzüge wegen schuldhafter Leistungsmängel machen innerhalb von 6 Monaten 10% oder nach vorheriger Abmahnung 5% des Zuschusses eines Jahres aus.
  4. Gegenüber dem Verkehrsunternehmen wird ein Liquidations-, Insolvenz- oder vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder mangels Masse abgelehnt.
  5. Das Verkehrsunternehmen kommt aus eigenem Verschulden über einen Zeitraum von drei Monaten oder wiederholt und nach Ablauf einer vom Landkreis zur Abhilfe gesetzten Frist seinen Berichts- und Abrechnungspflichten nicht nach.
  6. Das Verkehrsunternehmen kommt aus eigenem Verschulden seinen Berichts- und Abrechnungspflichten nach im Einzelnen spezifizierter Aufforderung des Landkreises zur Vervollständigung abgegebener Berichte und Abrechnungen und Ablauf einer Frist von vier Wochen weiterhin unvollständig nach.
  7. Das Verkehrsunternehmen verstößt dauerhaft oder wiederholt und schuldhaft trotz mindestens zweimaliger Abmahnung gegen sonstige vertragliche Pflichten.

Auf Anlage 2 (Besondere Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)), Ziffer 4 Abs. 2 Satz 1 wird verwiesen.

- (3) Kommt es für die obenstehenden Kündigungsgründe auf das Vertretenmüssen des Verkehrsunternehmens an, wird dieses widerleglich vermutet. Führt eine Vertragspartei schuldhaft eine Situation herbei, welche zur außerordentlichen Kündigung durch die andere Vertragspartei führt, hat erstere auf Verlangen der anderen Partei den durch die Kündigung entstehenden Schaden zu ersetzen.
- (4) Ein wichtiger Grund für das Verkehrsunternehmen liegt insbesondere vor, wenn der Landkreis fällige und einredefreie Zahlungen nach Kapitel 2.3 der Leistungsbeschreibung trotz Mahnung und Setzung einer Nachfrist von einem Monat nicht leistet.
- (5) Kündigt das Verkehrsunternehmen unberechtigt oder ist der Landkreis zur vorzeitigen Kündigung des Vertrages berechtigt, zahlt das Verkehrsunternehmen dem Landkreis zur Abdeckung des bei diesem entstehenden Schaden eine pauschale Summe in Höhe von 20 vom Hundert auf die vom Verkehrsunternehmen für die Dauer von 18 Monaten kalkulierten Gesamtkosten der Leistung. Die Zahlungspflicht des Verkehrsunternehmens verringert sich, wenn dieses nachweist, dass dem Landkreis durch die Kündigung kein oder nur ein geringerer Schaden entstanden ist.

## **§ 16 Salvatorische Klausel**

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden oder aus tatsächlichen oder Rechtsgründen nicht durchgeführt werden können, ohne dass damit die Aufrechterhaltung des Vertrages für einen der Vertragspartner insgesamt unzumutbar wird, werden dadurch die übrigen Bestimmungen dieses Vertrages nicht berührt. Das Gleiche gilt, falls sich eine Regelungslücke zeigen sollte. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen oder zur Ausfüllung einer Regelungslücke ist eine Bestimmung zu vereinbaren, die dem von den Vertragspartnern angestrebten Zweck wirtschaftlich am nächsten kommt.

## § 17 Schlussbestimmungen, Gerichtsstand

- (1) Änderungen des Vertrages bedürfen der Schriftform. Dieser Vertrag wird zweifach ausgefertigt. Jede Vertragspartei erhält eine Ausfertigung.
- (2) Gerichtsstand ist Reutlingen.
- (3) Es gilt deutsches Recht. Verweisungen auf ausländisches Recht sind ausgeschlossen.
- (4) Das Verkehrsunternehmen teilt dem Landkreis alle wesentlichen Änderungen seiner gesellschaftsrechtlichen Verhältnisse mit, soweit diese auf die Vertragsdurchführung Auswirkungen haben können. Dies gilt insbesondere für Änderungen des haftenden Kapitals, Gewinnabführungs-, Beherrschungs- und Konzerneingliederungsverträge.
- (5) Die Abtretung von Rechten oder Ansprüchen nach diesem Vertrag auf Dritte ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der jeweils anderen Vertragspartei zulässig.
- (6) Diesem Verkehrsvertrag sind die folgenden Anlagen als wesentliche Bestandteile beigelegt:
  - Anlage 1: Leistungsbeschreibung nebst Anhängen;
  - Anlage 2: Besondere Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz — LTMG);
  - Anlage 3: naldo-Kooperationsvertrag und naldo-Beförderungs- und Tarifbestimmungen
  - Anlage 4: Zusicherungs- und Freistellungserklärung
  - Anlage 5: Katalog der Vertragsstrafen

Reutlingen, den

XXX, den

---

Dr. Ulrich Fiedler  
Landrat

---

XXX  
XXX

Landkreis Reutlingen

XXX